

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

4. Oktober 2021
1 von 1

Offenlegung der NSU-Akten des Landes Hessen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- 101.19.187 -

Antrag

Versagen im NSU Skandal muss zum Rücktritt von Beuth und der Freigabe der Akten führen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel erneuert die Forderung nach einer konsequenten Aufklärung der Morde an Halit Yozgat und Walter Lübcke und nach Offenlegung der NSU-Akten.
- Die Stadtverordnetenversammlung Kassel fordert den Innenminister des Landes Hessen Beuth zum Rücktritt auf.

Stadtverordneter Sprafke, SPD-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag die Tagesordnungspunkte 11 und 12 wegen Beratungsbedarf abzusetzen.
Fraktionsvorsitzender Dr. von Rüden, CDU-Fraktion, spricht dagegen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, CDU (1), Die Linke (4)

Ablehnung: FDP, AfD, Stadtverordnete Gleuel und Rieger

Enthaltung: CDU (12), Die Linke (4), Stadtverordnete Klobuczynski
und Dr. Hoppe

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung der Tagesordnungspunkte 11 und 12 betr. NSU-Akten, wird **zugestimmt**.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin